Trumps Woche

Es begann zahmer als gedacht. Die Oscarverleihung wurde nicht die politischste seit Vietnam, sondern die peinlichste seit Langem. „Envelopegate“, das Vertauschen der Siegerumschläge, überlagerte am Sonntag nahezu jede Kritik an Trump. Selbst schuld, sagte der Präsident zu seinen Lieblingsjournalisten von der rechten Website Breitbart: Die Organisatoren hätten sich eben zu sehr auf die Politik konzentriert. Traurig sei das, der Glamour von einst habe gefehlt. Seine Teilnahme beim White House Correspondents’ Dinner sagte Trump auch ab, wünschte aber trotzdem einen schönen Abend. Außerdem hat er nun wirklich Besseres zu tun: So muss er erst mal die über 50 Milliarden Dollar, die er am Montag als Erhöhung des Verteidigungshaushalts ankündigte, zusammensuchen. Ein großer Teil davon lasse sich sicher gut bei der Entwicklungshilfe einsparen, so Trump. Dann suchte er sich eine neue Krawatte aus – dunkelblau mit präsidentiellen Streifen für seine erste Rede vor dem Kongress am Dienstag. Die fiel moderater und staatstragender aus als alles, was man seit seiner Wahl von ihm gehört hatte. Auch wenn sie den unbescheidenen Satz enthielt, dass nun „ein neues Kapitel amerikanischer Größe“ begonnen habe. Ärger machten diese Woche vor allem andere: Von Pressesprecher Sean Spicer tauchten sehr unvorteilhafte Fotos im Osterhasenkostüm aus seiner Zeit mit George W. Bush auf. Und Justizminister Jeff Sessions, so kam am Mittwoch heraus, hat bei der Anhörung vor seiner Vereidigung wohl gelogen. Irgendwie traurig, könnte man da twittern.

EDEL RODRIGUEZ FÜR DEN SPIEGEL

Pazifik

Aufrüstung der Seestreitkräfte

Im Fernen Osten droht ein neuer Rüstungswettlauf. Am Wochenende tritt in Peking der Nationale Volkskongress zusammen, um neben Wirtschaftszielen auch das Militärbudget zu beschließen. Im Vorjahr waren Chinas Rüstungsausgaben offiziell um rund acht Prozent angestiegen. Für 2017 rechnen Experten mit einem deutlich höheren Etat, die regierungsnahe „Global Times“ fordert sogar einen Zuwachs von mehr als zehn Prozent. Ein Grund für den erwarteten Anstieg: US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, die Militärausgaben der USA um 54 Milliarden Dollar anzuheben. Und auch US-Verbündete wie Japan und Vietnam rüsten auf. Washington, Tokio und Hanoi wenden sich gegen Chinas Gebietsansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer und investieren deshalb vor allem in ihre Seestreitkräfte. Das ist auch Pekings Plan: Noch in diesem Jahr soll Chinas zweiter Flugzeugträger vom Stapel laufen, zudem sind neue Korvetten, Fregatten und Lenkwaffenzerstörer bestellt. Nur ein Teil dieser Ausgaben fällt übrigens unter den offiziellen Rüstungshaushalt. China verbucht neue Militärinvestitionen häufig als „Wissenschafts- und Entwicklungsprojekte“. bza

Türkei

Neue Polizeieinheit in Nordsyrien

Die Türkei will das von ihrer Armee in Nordsyrien besetzte Territorium nach der Vertreibung des „Islamischen Staates“ nicht wieder den Syrern überlassen. Seit Anfang des Jahres haben die Türken dort eine neue Polizeitruppe aufgebaut, der künftig sämtliche Hoheitsaufgaben zufallen sollen: Polizei, Justiz, Geheimdienst. Kommandeur ist ein syrischer Expolizeioffizier der turkmenischen Minderheit, alle Mitglieder sind Syrer. Befehle, Ausrüstung und Sold kommen vom türkischen Sicherheitsapparat. Am Mittwoch kehrten die ersten 1200 Männer der Truppe nach knapp einmonatiger Ausbildung in türkischen Camps zurück nach Syrien. In blauen Uniformen kamen sie in die Grenzstadt Asas, wo das vorläufige Hauptquartier entstehen soll. Angehörigen der Free Syrian Police in den Rebellengebieten, die bislang versucht hatten, die Ordnung in den umkämpften Gebieten aufrechtzuerhalten, war schon Ende 2016 von türkischen Militärs erklärt worden, sie könnten sich der neuen Truppe anschließen – oder verschwinden. Insbesondere die Forderung, künftig als Informanten für den türkischen Geheimdienst arbeiten zu müssen, empört viele Syrer. Noch ist ungeklärt, auf welcher Rechtsgrundlage in Zukunft Menschen verhaftet und verurteilt werden sollen. „Aber was sollen wir machen“, so ein Expolizist: „Die Türken haben uns völlig in der Hand.“ cre

Polizeitruppe in Syrien

Fußnote

44 Prozent

mehr Ausländer als im Vorjahr haben 2016 einen Zweitwohnsitz in Portugal beantragt. Die 10 600 Antragsteller müssen den größten Teil des Jahres im Land verbringen. Vor allem ältere Europäer aus Frankreich, Deutschland und nordischen Ländern zieht es seit der Finanzkrise nach Portugal: Dank eines Gesetzes von 2009 können sie zehn Jahre lang dort und in der Heimat von der Besteuerung ihrer Rente befreit werden.